

Pressemitteilung
Kiel, 17.11.2022

Resolution setzt klares Bekenntnis: Queersein gehört zu Kiel

*Zur Annahme der von der SSW-Ratsfraktion initiierten Resolution „Queersein gehört zu Kiel“ durch die Kieler Ratsversammlung erklären Ratsherr Marcel Schmidt (Vorsitzender der SSW-Ratsfraktion), Ratsfrau Anna-Lena Walczak (SPD-Ratsfraktion), Ratsherr Sven Krumbek (Ratsfraktion Bündnis90/Die Grünen), Ratsfrau Madina Assaeva (CDU-Ratsfraktion), Ratsfrau Christina Musculus-Stahnke (FDP-Ratsfraktion), Ratsmitglied Svenja Bierwirth (Ratsfraktion Die Politiker*innen), Ratsherr Stefan Rudau (Ratsfraktion Klima, Verkehr & Meer) sowie Burkhardt Gernhuber (Ratsfraktion Die Linke):*

„Mit unserer Resolution „Queersein gehört zu Kiel“ bekennen sich die demokratischen Parteien der Kieler Ratsversammlung dazu, alle Menschen, aber insbesondere auch diejenigen Menschen in Kiel, die queer sind, als elementaren Teil der Stadtgesellschaft zu verstehen und als Facette der eigenen Identität wahrzunehmen. Das ist ein deutliches und von einer Breite der Ratsversammlung abgegebenes Bekenntnis, wie es kraftvoller nicht sein kann.

Vor dem Hintergrund des mutmaßlich queerfeindlichen Angriffs vor wenigen Tagen, bei dem zwei Personen lebensgefährlich verletzt wurden, ist es wichtig und richtig, dass sich die Landeshauptstadt mit ihrer Selbstverwaltung klar an die Seite der Opfer und der Menschen stellt, die sich durch den Angriff unmittelbar gefährdet fühlen.

Gleichberechtigung für Lebensentwürfe, die nicht traditionellen Mustern entsprechen, ist ein Wert, der im Alltag immer wieder neu eingefordert und gelebt werden muss. Wir wollen, dass Kiel eine bunte und weltoffene Stadt für alle Menschen ist und bleibt. In der Landeshauptstadt sollen alle Menschen die Möglichkeit haben, so lieben und leben zu können, wie sie wollen und die Chance bekommen, auf ihre Weise glücklich zu werden.

Engagement für queere Rechte und für eine gleichberechtigte und bunte Gesellschaft ist eine Aufgabe, die alle betrifft und nur gelingen kann, wenn sich viele daran beteiligen. Unsere Gesellschaft kann nur so frei sein wie sie es vermag, die Freiheit der Bedrohten zu schützen.

Mit unserer Resolution setzt die Ratsversammlung ein Zeichen gegen queerfeindliche Gewalt. Wir werden uns aber auch darüber hinaus gegen Diskriminierung und für Vielfalt engagieren.“